



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Graz, am 18. Juni 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Einführung einer Vermögenssteuer**

Die Corona-Krise bringt nicht nur große Herausforderungen für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich mit sich, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sind die betroffenen Volkswirtschaften von gigantischen Umbrüchen betroffen. So ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang des BIP in Höhe von 5,2 bis 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, einem Ausmaß, das selbst die Krise von 2008 bei weitem übertrifft.

Auf dutzende Milliarden Euro belaufen sich die Kosten für die öffentlichen Haushalte, vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden. Dass aber Vermögen auch in Österreich vorhanden ist, der gesellschaftliche Reichtum groß wie nie zuvor, wird gerne übersehen. Allerdings ist dieses Vermögen extrem ungleich verteilt. Während sich etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger als 3 Prozent des Vermögens teilt, besitzen die oberen 10 Prozent rund zwei Drittel des Gesamtvermögens. Das reichste Prozent (das entspricht rund 90.000 Personen, incl. Kinder) verfügt über 40 Prozent des österreichischen Vermögens¹.

Auch das Steuersystem wirkt dieser Schieflage nicht entgegen, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten. Während die Steuern auf Arbeit und die Abgabenquote zu den höchsten im OECD-Raum gehören, liegt Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern mit rund einem halben Prozent Anteil am BIP im Schlussfeld der OECD.

Oftmals hört man, eine Vermögenssteuer würde ja nur wenig bringen, weil sie nur wenige belasten würde. Tatsächlich zeigen aber Untersuchungen, dass eine progressive Vermögenssteuer (s. u.) dem österreichischen Budget über elf Milliarden Euro bringen würde, und das unter Einrechnung der "Ausweicheffekte", sprich Kapitalflucht.










¹ Studie des Jahoda Bauer Instituts in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank

Das Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der JKU hat Modellrechnungen vorgenommen. Wichtiger Ausgangspunkt dabei ist die Schätzung mit Vermögensdaten, die durch die Inklusion „superreicher“ Österreicher erweitert wurden:

Spalte 1 „Bisherige Daten“: Die erste Spalte zeigt die „klassische“ Rechnung mit den bisherigen Daten der HCF-Studie der Europäischen Zentralbank und Österreichischen Nationalbank.

Spalte 2 „Angepasste Daten“: Die zweite Spalte zeigt, dass durch die realistischere Schätzung sowie durch Einbeziehung der Superreichen mit wesentlich höheren Einnahmen zu rechnen ist.

Spalte 3 „Angepasste Daten mit Ausweicheffekten“: Die dritte Spalte rechnet etwaige „Kapitalflucht“ und Steuer-Tricksereien mit ein.

Modell	Bisherige Daten	Angepasste Daten	Angepasste Daten mit Ausweicheffekten
Lineares Modell I Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1%	2,5 Mrd. 	5,5 Mrd. 	4,2 Mrd. 
Lineares Modell II Freibetrag: 500.000 Euro Steuersatz: 1%	3.6 Mrd. 	6.7 Mrd. 	5 Mrd. 
Progressive Steuer Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1-2 Millionen: 1% 2-3 Millionen: 2% 3 Millionen: 3%	5.8 Mrd. 	14.4 Mrd. 	11.1 Mrd. 

Quelle: Kontrast.at²

Zu vergleichbaren Ergebnissen kam die oberösterreichische Arbeiterkammer bereits vor einigen Jahren.³

Bereits vor der Corona-Krise galten über eine Million Österreicherinnen und Österreicher als arm oder armutsgefährdet, darunter 130.000 Kinder und Jugendliche. Die aktuelle Corona-Krise birgt nun die Gefahr, dass sich diese Zahlen dramatisch erhöhen. 480.896 Arbeitslose (inkl. Schulungen) und rund 1,14 Millionen Menschen in Kurzarbeit (Stand 16. Juni 2020) haben mit z. T. enormen Einkommensverlusten zu kämpfen, dazu kommen noch Selbständige, die z. T. über nahezu 100%ige Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Hilfspakete von Bund, Ländern und Gemeinden leisten wertvolle Unterstützung, können aber den Einnahmefall nicht wettmachen.

Es ist nun höchst an der Zeit, dass mit der Einführung einer Vermögenssteuer entgegengesteuert wird. Schließlich kann niemand ein Interesse daran haben, dass die große Mehrheit der

²<https://kontrast.at/vermoegen-oesterreich-steuern-bildung/>

³https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Vermoegenssteuer_bringt_mehrere_Milliarden.html

Bevölkerung die Zeche zahlt, während die wirklich Vermögenden in Österreich keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber, folgende Maßnahmen zu treffen:

- 1. Prüfung oben genannter Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro.**
- 2. Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, finanziert aus den Einnahmen der Vermögenssteuer.**